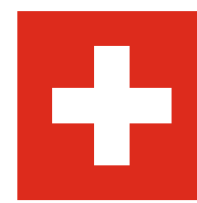


DIE ZEIT

SCHWEIZ-AUSGABE



Teillustration: Tyler Spangler für DIE ZEIT

Fakten?

Egal!

Die Schweiz ist stolz auf ihre Volksentscheide. Aber was, wenn in Abstimmungskämpfen immer häufiger falsche Informationen verbreitet oder sogar Lügen erzählt werden? AUF DEN SCHWEIZ-SEITEN

REGIERUNG

Ganz weit unten

Die Kritik am Kanzler findet kein Maß VON MARK SCHIERITZ

Neulich stand in der *Welt* der folgende Satz über Friedrich Merz: Ein »BWL-Student im sechsten Semester« könne Deutschland »wirtschaftlich besser regieren« als der amtierende Bundeskanzler. Das war vermutlich ein bisschen witzig gemeint, gibt die Kommentarlage aber ganz gut wieder.

Merz ist schon im fünften Monat seiner Kanzlerschaft in der öffentlichen Wahrnehmung etwa da angekommen, wo Olaf Scholz erst nach drei Jahren war: ziemlich weit unten. Auf der Rangliste der 20 beliebtesten Politiker belegt er Platz 18 – gefolgt nur von Tino Chrupalla und Jens Spahn. Man muss nicht lange suchen, um in den sozialen Medien auf die Parole »Merz muss weg« zu stoßen.

Nun ist in diesen fünf Monaten nicht alles ideal gelaufen, vorsichtig formuliert. Die Wirtschaft wächst immer noch nicht, stattdessen gibt es Rekordschulden (obwohl die Union im Wahlkampf eine höhere Verschuldung vehement abgelehnt hatte), und der »Herbst der Reformen« wurde auf Frühjahr verschoben. Andererseits: Hat irgendjemand ernsthaft erwartet, das Land werde nach zwei Jahrzehnten Investitionsstau innerhalb von wenigen Wochen wieder in Fahrt kommen? Der Wirtschaft brechen die Auslandsumsätze weg, weil die Chinesen ihre Autos inzwischen selbst bauen und die Amerikaner ihre Märkte abschotten – nicht weil die Regierung grundsätzlich falsche Politik macht. Man muss nicht BWL studiert haben, um das zu erkennen. Und erst recht keine sechs Semester.

Nun verweisen Politiker gern auf die Umstände, wenn etwas nicht funktioniert. Das ist meistens eine Ausrede. Aber es wäre auch falsch, die Umstände komplett auszublenden. Etwas mehr Zeit zum Arbeiten, das muss die Bundesregierung schon haben dürfen.

Und wo soll das alles eigentlich hinführen? Erst musste Merkel angeblich weg, danach Scholz und jetzt Merz. Und dann? Die Probleme verschwinden nicht dadurch, dass ständig die Führung ausgetauscht wird. Dafür sinkt das Vertrauen in das politische Personal. Man kann einen Staat auch sturmreif kritisieren.

Eine Regierung muss nicht unter Artenschutz gestellt werden, diese schon gar nicht. Jeder soll über sie sagen, was er will, insbesondere Kritisches. Aber es gibt eben auf Dauer keine (politische) Mitte ohne (mediales) Maß.

NAHOST

Gaza ohne Hamas?

Donald Trumps Friedensplan für den Nahen Osten ist krumm und schief und ungerecht – und doch im Moment die beste Option für die Region VON YASSIN MUSHARBASH

Trump macht etwas Gutes und die Hamas etwas Vernünftiges? Man kann es kaum glauben, höchstens hoffen. Seit US-Präsident Donald Trump und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu am Montag im Weißen Haus ihren Plan zur Beendigung des Krieges in Gaza vorgestellt haben, wartet die Welt auf ein Signal der Hamas: Stimmt die Terrorgruppe, die für die Massaker und Entführungen des 7. Oktober 2023 verantwortlich ist, nach zwei Jahren eines fürchterlichen Krieges ihrer eigenen Entmachtung, Demobilisierung und dauerhaften Entfernung aus der palästinensischen Politik zu? Sagt sie Nein? Oder stellt sie Nachforderungen – in der Hoffnung, Verbesserungen zu erzielen?

Auch wenn bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch keine klare Antwort vorlag, so viel lässt sich sagen: Das Ja oder Nein der Hamas entscheidet darüber, ob noch Tausende Palästinenserinnen und Palästinenser im Gazastreifen getötet werden – oder nicht. Und ob die israelischen Geiseln freigelassen werden – oder nicht. Denn dass die Hamas diesen Krieg gewinnt, ist ausgeschlossen. Für den Fall einer Absage der Hamas hat Netanjahu von Trump freie Hand erhalten, den Krieg so weiterzuführen, wie er es für nötig hält. Gut möglich, dass Netanjahu darauf hofft. Dann würde Israel vermutlich in einigen Monaten nach weiteren brutalen Kämpfen das Ende der Hamas verkünden – und es gäbe gar kein Abkommen, das Israel in irgendeiner Weise bindet. Was wäre dann gewonnen für die Sache der Palästinenser? Nichts.

Und käme es danach erst zu Gesprächen über ein Abkommen, würden kaum bessere Konditionen als jetzt in Aussicht stehen. Besonders dann, wenn keine Geiseln überleben sollten.

Man sollte sich aber keinen Illusionen hingeben, auch wenn der US-Präsident schon den »ewigen Frieden« beschwört: Bei dem Plan, den Trump und Netanjahu skizziert haben, handelt es sich nicht um den Entwurf für einen umfassenden Friedensschluss, der auf Idealen wie Gerechtigkeit, historischem Ausgleich oder Versöhnung basiert. Da ist wenig Wohlwollen. Der Plan spiegelt schlicht die Machtverhältnisse wider.

Deshalb verlangt er den Palästinensern auch mehr ab als der israelischen Seite – etwa die Marginalisierung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die einzige politische Institution mit

dem Hauch eines Mandats, für die Palästinenser zu sprechen, würde zur Seite geschoben. Stattdessen soll eine internationale Technokraten-Riege mit Beteiligung »apolitischer Palästinenser« – wer immer das sein mag – die Kontrolle im Gazastreifen übernehmen, bis die Autonomiebehörde unter Beweis gestellt hat, dass sie sich von Grund auf reformiert hat. Diese Reform ist notwendig. Nur wer befindet über ihren Fortschritt? Nach diesem Plan nicht die Palästinenser.

An der Spitze des alles entscheidenden »Friedensrats« stünden zudem: Donald J. Trump höchstpersönlich sowie voraussichtlich der britische Ex-Premier Tony Blair. Unter Palästinensern besteht kein Zweifel, dass beide israelischen Interessen zugewandt sind als palästinensischen.

Auf dem Weg ins »neue Gaza«, wie Trump es nennt, wären die USA und Israel Partner, die Palästinenser stünden unter Kuratel.

An entscheidenden Stellen bleibt der Vorschlag gefährlich vage

Dieser Plan ist so ungenau wie ein Tier mit fünf Beinen: ein weiterer Versuch, eine Waffenruhe zu verhandeln, gemischt mit unfertigen Ideen für eine regionale Neuordnung, mit Trumpschen »Frieden durch Kapitalismus«-Visionen und etwas Ego-Show. Dazu kommt die verquere Konstruktion: Der Adressat auf der anderen Seite ist die Hamas. Sie soll nun ein Dokument unterschreiben, das über die Zukunft von Millionen Palästinensern entscheidet – als würde sie irgendwas dazu legitimieren. Und an entscheidenden Stellen bleibt der Plan zudem gefährlich vage.

Unter welchen Bedingungen würde Israels Armee sich wohin zurückziehen? Unklar. Wer sind die »regionalen Partner«, die garantieren sollen, dass die Hamas nie wieder eine Gefahr für Israel darstellt? Unklar. Wie lange darf Israel eine Pufferzone im Gazastreifen beanspruchen? Unklar. Solche Unklarheiten waren der Fluch fast aller bisherigen Nahost-Abkommen. Sie räumen Saboteuren allzu viele Möglichkeiten ein, den Prozess aufzuhalten.

Und trotzdem wäre es ein Fehler, den Plan vom Tisch zu fegen. Es gibt keinen besseren. Es wird so schnell keinen besseren geben. Und es ist auch nicht alles schlecht.

Der Text enthält gute und wichtige Punkte, denen Israel bereits zugestimmt hat. Zwei fundamentale Ängste der Palästinenser werden direkt

adressiert: Israel wird den Gazastreifen nicht annektieren; und alle, die dort bleiben wollen, dürfen dies. Das ist zwar nur die Feststellung geltenden internationalen Rechts und dennoch von großer politischer und menschlicher Bedeutung.

Genauso wichtig ist, dass die maßgeblichen arabischen Staaten (Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, Ägypten) und die Türkei den Plan als konstruktive Grundlage bezeichnet haben. Das impliziert einen heimlichen Konsens, zumindest unter den Staatsführern: Ein Naher Osten ohne Hamas ist ein besserer Naher Osten. Die Palästinensische Autonomiebehörde nickt leise dazu und stellt sich nicht quer.

Dieser vorsichtige diplomatische Flankenschutz war nur denkbar, weil der Plan wenigstens die Möglichkeit eines palästinensischen Staates offenhält – eine Vorstellung, die Netanjahu seit Jahren bekämpft und die er nun seinen Anhängern verkaufen muss. Mit dieser Passage ist keine Seite zufrieden. Das allein macht sie nicht gut oder gerecht. Aber so ist es allemal besser, als wäre palästinensische Staatlichkeit nicht einmal erwähnt worden.

Man mag von Trump halten, was man will. Aber sein Plan ist, bei allen Defiziten, nicht aus dem Ärmel geschüttelt. Sein Team hat sich vorab mit arabischen Führern abgestimmt. Und Trump persönlich zwang Netanjahu dazu, sich bei Katar zu entschuldigen, weil bei Israels Versuch, Hamas-Kader in Doha zu töten, ein katarischer Beamter ums Leben kam. Vielleicht ein Detail, aber eines, das den Durchbruch erst möglich machte.

Dass die Entscheidung nun erst einmal bei der Hamas liegt, ist unbefriedigend. Denn ihre Interessen sind nicht deckungsgleich mit denen der palästinensischen Bevölkerung.

Auch sonst müsste schon sehr viel klappen, damit der Plan eine Chance hat. Und wenig ist nötig, ihn zum Scheitern zu bringen. Niemand kann garantieren, dass nicht eine Seite oder alle ihn unterlaufen. Die Palästinenser glauben Netanjahu nicht, dass er liefern wird, was er nun vorgibt zu akzeptieren. Der wiederum misstraut der Autonomiebehörde vollständig. Eigentlich reicht das Vertrauen nicht für ein Abkommen.

Aber was wäre die Alternative, die nicht nur besser, sondern auch realistisch ist? Es gibt sie im Moment nicht.

Beide Leitartikel finden Sie zum Hören unter www.zeit.de/vorgelesen



Das wird man wohl noch essen dürfen

Auch Genießen ist für den Körper wichtig – wir müssen es nur neu erlernen

Wissen

Ist das ein hybrider Krieg?

Was die Nato gegen die russischen Störmanöver unternehmen will

Politik, S. 2



Es war einmal in Hollywood

In Los Angeles wird kaum noch gedreht – und jetzt? Ein Besuch

ZEITmagazin

PROMINENT IGNORIERT



Singen hilft

Das *Deutsche Ärzteblatt* berichtet über eine Studie der Pneumologin Natasha Smallwood. Sie habe im australischen Melbourne gezeigt, dass das Singen in der Gruppe bei einigen chronischen Krankheiten der Lunge helfen könne. Auf dem Programm standen Elvis Presley und die Beatles. Ob die Songs der in Wacken stets gefeierten Napalm Death ähnlich wirken? Oder singt man da gleich ins Grab? USTO

Kleine Bilder (v. o.): Ted Cavanaugh; Christian Heeb/Laif; Interfoto

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon +49-40 / 32 80-0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Abonnement Österreich, Schweiz, restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice, 20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-40 / 42 23 70 70
E-Mail: abo@zeit.de

N° 42

80. JAHRGANG C 7451 C



CH

SCHWEIZ

Titelthema: Fakten? Egal!

»Das ist eine
gravierende und
bewusste
Irreführung«

Rahel Freiburghaus,
Politikwissenschaftlerin



Illustration: Christian Chledny für DIE ZEIT

Fakten? Egal!

Nirgendwo hat das Volk so oft das letzte Wort wie in der Schweiz. Doch was passiert, wenn bei Abstimmungen immer häufiger falsch informiert und gelogen wird? VON SARAH JÄGGI UND MARLON RUSCH

Dass man in einer Schweizer Volksabstimmung nicht unbedingt mit korrekten Fakten argumentieren muss, um Erfolg zu haben, zeigte sich am vergangenen Sonntag im Kanton Solothurn. Dort hat die Bevölkerung ein Kita-Gesetz abgelehnt, das alle Gemeinden dazu verpflichten wollte, Betreuungsgutscheine für

Krippen und Mittagstische einzuführen. Das Vorhaben war breit abgestützt, doch der rechtspopulistischen SVP gelang es, mit Unterstützung der evangelischen EVP und Teilen der FDP, die Vorlage an der Urne zu versenken. Ihr Kampagnenslogan war schlicht, aber erfolgreich: »Kita-Gesetz = 100 Millionen mehr Steuern bezahlen! NEIN.«

Bloß: Die behauptete Zahl von 100 Millionen Franken, die das Gutscheinsystem gekostet hätte, ist falsch. Sie basierte auf

einer abenteuerlichen Annahme: Im Kanton Solothurn würden künftig nicht wie heute 15 Prozent der Kinder fremdbetreut, sondern 33 Prozent; und diese würden nicht wie heute durchschnittlich elf Stunden pro Woche in der Kita verbringen, sondern 50. Wenn nun also nicht nur Säuglinge und Kleinkinder, sondern auch Primarschüler an fünf Tagen die Woche während zehn Stunden in der Kita (statt in der Schule) wären, dann würden sich die Betreuungs-

kosten pro Kind von heute 3.700 auf 15.000 Franken pro Jahr vervielfachen – und den Staat 100 Millionen Franken kosten. Was wiederum satte Steuererhöhungen nach sich ziehen könnte.

Dass das alles so nicht passieren wird, war klar. Doch im Abstimmungskampf verfiel das Argument trotzdem. 65 Prozent lehnten das neue Kita-Gesetz ab.

Was sich in Solothurn in den vergangenen Wochen abgespielt hat, ist für Rahel

ANZEIGE

ZEIT  AKADEMIE

39 CHF
statt ~~49 CHF~~
Rabatt-Code:
ZEIT10

ERHOLSAM SCHLAFEN

Live-Webinar mit Hilmar Schmundt am 29. Oktober 2025, 18–20 Uhr

Schlaf entscheidet über Energie, Stimmung und Konzentration. Im ZEIT Akademie Webinar mit Wissenschaftsjournalist Hilmar Schmundt erhalten Sie alltagstaugliche Strategien gegen Ein- und Durchschlafprobleme – wissenschaftlich fundiert, unterhaltend und leicht umsetzbar. Erkennen Sie Schlaf-Mythen, entdecken Sie Ihr persönliches »Einschlaf-Fenster« und finden Sie Rituale, die wirklich wirken. Für spürbar erholsamere Nächte.

Jetzt anmelden und 10 CHF sparen!

www.zeitakademie.de/schlafen

Foto: iStock/Andrii Lysenko | Anbieter: ZEIT Akademie GmbH, Buceriusstraße, Hamburg

Titelthema: Fakten? Egal!

Freiburghaus, Assistenzprofessorin für Politikwissenschaften an der Universität Lausanne, ein Fall von »gravierender und bewusster Irreführung«. In Solothurn sei es nicht mehr ums Framing gegangen, wie es zu jeder politischen Kampagne gehöre und bei dem ein Argument in den Vordergrund gestellt, Komplexität reduziert und die eigene Meinung ins richtige Licht gerückt wird. »Was wir hier sahen, ist ein gefährlicher Bruch mit den Normen«, sagt Freiburghaus. Und die Politikwissenschaftlerin geht noch weiter: Die Solothurner SVP verletz das in der Bundesverfassung garantierte »Recht auf unverfälschte Willensbildung«.

Dabei wäre die Schweiz als Abstimmungsdemokratie, in der sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger viermal jährlich mit teils sehr komplizierten Sachgeschäften auseinandersetzen müssen, auf wahrhaftige Informationen angewiesen. Was also bedeutet es, wenn die politische Meinungsbildung durch Falschinformationen und Lügen verzerrt wird?

Dass rechtspopulistische Parteien wie die SVP pessimistische Szenarien entwerfen und damit Ängste schüren, überrascht erst einmal nicht. »Das hat in der Schweiz Tradition«, sagt Damir Skenderovic, Professor für Zeitgeschichte und Rechtspopulismus-Experte an der Universität Freiburg i. Ü. Er erinnert an ein Zeitungsinserat aus dem Jahr 2004, das vor der Abstimmung über erleichterte Einbürgerungen erschien: »Darin wurde behauptet, der Anteil der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz würde sich alle zehn Jahre verdoppeln und im Jahr 2040 somit etwa 72 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.«

Mit der Coronapandemie, so Skenderovic, habe sich die Situation allerdings verschärft: »Falschinformationen haben zugenommen, und gleichzeitig ist das Misstrauen gegenüber staatlichen Akteuren, Experten und wissenschaftlichen Erkenntnissen gestiegen.«

Als die Schweiz vor zwei Jahren über ihr Klimaschutzgesetz abstimmte, warnte die SVP vor »staatlicher Umerziehung« und behauptete, bei einer Annahme könne der Bundesrat im Alleingang Öl- und Gasheizungen, Benzin-Autos, Flugreisen und den Fleischkonsum verbieten. Das war so falsch wie die Aussage, die man in den vergangenen Wochen im Kanton Zürich auf Plakaten für ein Nein zum Zürcher Energiegesetz lesen konnte. Darauf: eine rot durchgestrichene Bratwurst und der Satz »Grillplausch verbieten?«. Beim Klimaschutzgesetz vor zwei Jahren hat die Angstkampagne nicht verfangen, beim Energiegesetz am vergangenen Sonntag schon: Die SVP setzte sich durch.

Aber wo endet die populistische Zuspitzung, die zum Playbook rechter wie linker Kampagnen gehört – und wo beginnt die bewusste Irreführung der Stimmbürger?

Als 2024 der designierte SVP-Parteipräsident Marcel Dettling in einem Interview behauptete, für die Bauern sei die Klimaerwärmung »nicht schlecht«, konnte man das als Provokation oder als Heischen um Aufmerksamkeit lesen. Oder aber als Falsch-

information, in der sich die Wissenschaftskepsis der größten Partei der Schweiz spiegelte. Als die SP-Politikerin Jacqueline Badran kürzlich in digitalen Kampagnen als Befürworterin der Abschaffung des Eigenmietwerts dargestellt wurde, obwohl sie diese ablehnte, konnte sie dies zwar als »perfiden Angriff auf meine Glaubwürdigkeit und Integrität« kritisieren; die Behauptung stand trotzdem in der Welt.

Für Sylvia Sasse sind die Desinformationskampagne gegen eine fortschrittlichere Familienpolitik in Solothurn oder die Aussagen des SVP-Präsidenten zum Klimawandel, die keiner wissenschaftlichen Überprüfung standhalten, weder Einzelfälle noch ein Schweizer Phänomen. Sasse ist Professorin für slawistische Literaturwissenschaft an der Universität Zürich und Spezialistin für russische Propaganda. Sie plädiert dafür, solche Desinformationen als Teil einer großen Erzählung zu betrachten, die weltweit von rechten Gruppierungen und massiv auch von Russland verbreitet wird: Der sogenannte dekadente Westen mit seiner Cancel-Culture und dem woken Feminismus müsse bekämpft werden. »Mit Desinformation und mit Fake-News werden solche Narrative gefüttert.«

Ein polarisiertes Land, in dem das Vertrauen in die Institutionen sinkt

Laut einem Desinformationsbericht des Bundesrats von 2024 nehmen auf die Schweiz zugeschnittene russische Desinformationsaktivitäten zu, seit die Schweiz nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 Sanktionen gegen das Land verhängt und Russland die Schweiz auf die Liste der »unfreundlichen Staaten« gesetzt hat. Der Bundesrat schreibt, dabei gehe es kurzfristig darum, Abstimmungen in der Schweiz zu beeinflussen, und längerfristig darum, die Polarisierung zu verstärken sowie das Vertrauen in die Institutionen zu erschüttern.

Ein Beispiel dafür war ein mutmaßlich von russischen Propagandisten gefälschtes Werbeplakat des Bundes, das im Herbst 2022 in den sozialen Medien kursierte. Damals debattierte die Schweiz über eine drohende Energiemangellage im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg. Auf dem Plakat wurde jedem eine Belohnung von 200 Franken versprochen, der seinen Nachbarn denunziere, falls dieser seine Wohnung auf mehr als 19 Grad heize. Das Plakat wurde von internationalen Medien verbreitet. Die Botschaft: In der Schweiz herrschen autoritäre Zustände.

Die Propaganda-Expertin Sasse sagt, seit die Eidgenossenschaft im Sommer 2024 die Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock ausgerichtet hat, habe die russische Auslandspropaganda über die Schweiz noch einmal »markant« zugenommen. Auf der Website des staatlichen russischen Propagandasenders RT gibt es nun sogar einen eigenen Reiter für die Schweiz. Außerdem beobachtet Sasse eine Wechselwirkung zwischen unterschiedlichen Akteuren, sie nennt sie »opportunistische Synergien«: Politische Akteure in der Schweiz, die ähnliche Werte wie das russische Regime

vertreten und ähnliche Ziele verfolgen, würden die russischen Narrative weiterstricken und dafür auch das Verbreiten von Lügen in Kauf nehmen. »Diese ideologische Nähe ist vor allem bei christlichen Fundamentalisten und rechtspopulistischen Parteien zu beobachten«, sagt Sasse.

So trat Nils Fiechter, der Präsident der Jungen SVP, während der Bürgenstock-Konferenz im russischen Propagandasender RT auf und behauptete, dass wichtige Staaten wie Indien, Brasilien und Indonesien bei der Konferenz fehlten, obwohl sie dort vertreten waren, und forderte die Schweiz auf, im Ukrainekrieg neutral zu bleiben. Unverkraftete Nähe zum russischen Regime zeigte 2024 auch der Zuger SVP-Kantonsrat Patrik Kretz. Er reiste nach Belarus und sagte in einer regimetreuen Internet-Zeitung, die international nicht anerkannten Wahlen im Land von Diktator und Putin-Freund Alexander Lukaschenko seien »gut organisiert«. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass der Schaffhauser SVP-Nationalratskandidat John McGough für einen russischen Rüstungskonzern arbeite. Der ehemalige Walliser SVP-Staatsrat Oskar Freysinger wiederum ist Ehrenmitglied im Verein Russisch-Schweizerischer Freundschaft, der »Unwahrheiten« über den Ukrainekrieg aufdecken will.

Und dann ist da noch Roger Köppel. Der ehemalige SVP-Nationalrat und *Weltwoche*-Verleger huldigt Wladimir Putin und anderen Autokraten wie Viktor Orbán und Aleksandar Vučić unverhohlen und verteidigt etwa auch die Verschwörungserzählung von Donald Trump, wonach dieser 2020 um seinen Wahlsieg betrogen worden sei.

Trotzdem bleibt Köppel bei der SVP an-schlussfähig. Anfang Jahr beerbte er an der Albisgüetli-Tagung, dem jährlichen Stelldichein der Partei, Christoph Blocher als Hauptredner. Dieser wiederum verteidigte Köppel kürzlich in einem *Spiegel*-Interview. Zum Vorwurf, Köppel verteidige Trumps Verschwörungserzählung, sagte Blocher: »Das sind Fake-News über Herrn Köppel.«

Braucht es einen Ethikrat, oder hilft sich die Demokratie selbst?

In Solothurn sah sich die Staatskanzlei im Abstimmungskampf zu einem außergewöhnlichen Schritt gezwungen. »Wir haben die 100-Millionen-Kampagne der SVP mit wachsendem Unbehagen zur Kenntnis genommen«, sagt Staatsschreiber Yves Derendinger: »Die Zahl stand in eklatantem Widerspruch zu den Berechnungen, die ein unabhängiges Forschungsbüro für die Regierung angefertigt hatte.« Das Kita-Gesetz hätte demnach zu jährlichen Kosten von maximal 20 Millionen Franken geführt – einem Fünftel der von der SVP behaupteten 100 Millionen. In Medienberichten wurden die beiden Zahlen teilweise als gleichwertig dargestellt.

Auch die beiden anderen Vorlagen, die in Solothurn zur Abstimmung kamen, wurden von der SVP mit kruden Zahlen bekämpft. »Als wir sahen, dass diese in Leserbriefen auftauchten und folglich in der Bevölkerung angekommen waren, war für uns klar: Jetzt müssen wir reagieren.« In Absprache mit der Regierung wandte sich die

Staatskanzlei mit einer »Klarstellung« an die Bevölkerung. Die SVP-Kampagne zu den drei Abstimmungen enthalte »wesentliche Fehlinformationen«.

Die Reaktion folgte bald: »Einmal mehr rächt sich, dass mit unseren Steuergeldern eine riesige Propaganda-Abteilung im Rathaus aufgebaut wurde«, donnerte die SVP. »Unzählige Social-Media-Beamte und Spin-Doktoren« würden in die Meinungsfreiheit eingreifen und versuchen, die Bevölkerung zu steuern. »Autokraten in der ganzen Welt haben ihre helle Freude an dieser Entwicklung.« Die Partei forderte den Regierungsrat auf, »die staatliche Propaganda-Abteilung sofort aufzulösen«.

Bloß: Den Propaganda-Apparat gibt es nicht. »Im Kommunikationsteam der Staatskanzlei, das für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung zuständig ist, arbeiten vier Personen, sie teilen sich 300 Stellenprozente«, sagt Derendinger. Externe Social-Media-Beamte? Auf Mandat-Basis tätige Spin-Doktoren und Kommunikationsfachleute? »Haben wir nicht«, sagt er. Was er in den vergangenen Wochen erlebt habe, bereite ihm Sorgen: »Wo führt das noch hin?«

Trotz seiner »Klarstellung« verlor der Regierungsrat die Abstimmung. Ist in Solothurn also eingetreten, wovon Jascha Heynen, Forscher am Center for Security Studies der ETH Zürich, warnt? Heynen plädiert dafür, Fake-News nicht zu berichtigen, und schreibt von »möglicherweise kontraproduktiven Regulierungen«, die staatlichen Behörden scheinbar die Deutungshoheit über wahr und unwahr zuschrieben und zu »öffentlichem Misstrauen« führen könnten. Er setzt im Kampf gegen Desinformation eher auf Bildungskampagnen, mit denen das Vertrauen der Bürger in den Staat gestärkt werden soll.

Der Bundesrat sieht das ähnlich. Desinformationen würden »nur zurückhaltend« korrigiert, schreibt er: Die Verbreitung falscher Informationen falle unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. Außerdem sei die Reichweite von ausländischer Propaganda »gering«. Dazu passt, dass der russische Propagandasender RT, anders als in der EU und ihren Mitgliedsstaaten, in der Schweiz bis heute nicht verboten ist.

Der Historiker Skenderovic hingegen befürchtet, dass Bildungsprogramme und behördliche Zurückhaltung gegen die zunehmende Desinformation nicht ausreichen: »Wir müssen uns als Gesellschaft darauf einigen, dass alternative Fakten keine Informationen sind.« Daraus folge, dass gegen »Halbwahrheiten, Unwahrheiten und alternative Fakten« vorgegangen werde. Die Reaktion der Solothurner Regierung gefällt ihm. »Ich begrüße, mit welcher Klarheit sich die Behörden zu Wort meldeten und auf die Fakten hinwiesen.«

Tatsächlich tut sich etwas in Bern. In diesen Tagen hat sich unter dem Dach der Akademien der Wissenschaften ein nationales Netzwerk für wissenschaftliche Beratung formiert. Es soll mögliche Krisen antizipieren und den Behörden unabhängige wissenschaftliche Analysen liefern. Eines der vier Cluster kümmert sich um Desinformation. Aktueller Stand? »Im Aufbau.«

»Wir müssen uns als Gesellschaft darauf einigen, dass alternative Fakten keine Informationen sind«

Damir Skenderovic,
Professor für Zeitgeschichte



25% sparen
2 Ausgaben
für nur 16,50 €

HERBSTKÜCHE ZUM VERLIEBEN

Erleben Sie in der neuen Ausgabe des ZEITmagazins WOCHENMARKT genussvolle Momente – mit den einfachen, aber immer besonderen Rezepten von Kolumnistin Elisabeth Raether, vielfältigen Reise-Tipps und spannenden Geschichten rund um die Themen Kochen und Genießen.



Jetzt bestellen:
www.zeit.de/wm-25
040/4223 70 70*

*Bitte Bestellnummer angeben: 2175332



Alles
außer Zürich

Eichenlaub gegen Durchfall

Wie geht nachhaltige Landwirtschaft?, fragt sich die Autorin
NICOLE EGLOFF. Antworten fand sie auf einem Hof im Aargau

Als ich Pirmin Adler in Oberrüti besuchte, im untersten Zipfel des Aargauer Reusstals, war seine Limousin-Herde im Stall geblieben. In jenen Novembertagen des vergangenen Jahres hatte es geregnet, die Weide war viel zu nass. Adler besaß vor drei Jahren 90 Rinder, heute sind es noch 50. Obwohl hierzulande die Nachfrage nach Rindfleisch hoch ist, hat er seine Herde reduziert.

Bauern wie Pirmin Adler, 48, machen mir Hoffnung. Sie zeigen, dass eine andere Landwirtschaft in der Schweiz möglich ist. Mit 38 Jahren hatte Adler den Mutterkuhbetrieb seiner Eltern übernommen. Obschon er selbst davon profitiert, findet er, dass die Fleischproduktion in der Schweiz viel zu stark subventioniert wird. Das führe dazu, sagte er, dass das Fleisch sehr günstig sei, was die Nachfrage steigere. Und wo mehr Fleisch produziert werde, gebe es auch mehr Mist und Gülle. »Man müsste die Hofdüngerbelastung deckeln.« Der Dünger bringt zwar Nährstoffe auf die Felder und Weiden zurück, aber die meisten Flächen im Mittelland sind überdüngt. Der Nitratgehalt im Grundwasser ist zu hoch, ganze Seen kippen. Statt den überschüssigen Mist in weniger intensiv bewirtschaftete Regionen des Landes zu karren, wie das andere Bauern tun, verzichtete Adler auf mehr als ein Drittel seiner Tiere.

Mich beschäftigt schon lange, was ich esse und wie und von wem meine Nahrung produziert wird. Meine Tante war eine der ersten Biobäuerinnen in der Romandie, ihr Sohn führt heute einen Biogemüsebetrieb in der Waadt. In der konventionellen Landwirtschaft aber liefern viele Böden überhaupt nur noch Erträge, weil sie mit Kunstdünger gedüngt werden. Ich wollte deshalb wissen, ob eine andere Landwirtschaft in der Schweiz möglich ist und wie sie aussehen könnte. Dafür besuchte ich zwölf Betriebe: Sie sollten nach agrarökologischen Methoden arbeiten, also die Boden-, die Tiergesundheit und die Biodiversität fördern, möglichst unabhängig von zugekauften Produktionsmitteln und fair gegenüber allen Beteiligten sein. Jeweils drei Tage verbrachte ich in den verschiedenen Regionen der Schweiz, ich jätete, pflückte Äpfel, verkaufte Gemüse auf dem Markt und stellte den Hofbetreibern viele Fragen. Aus diesem einjährigen Projekt ist mein Buch *Das Radiesli stimmt mich zuversichtlich* entstanden, das vor Kurzem erschienen ist.

Jeder Hof, auf dem ich war, setzt auf unterschiedliche Konzepte. Die einen arbeiten mit GPS-gesteuerten Maschinen, andere züchten eigene Hofrasen oder produzieren pestizidfreies Tafelobst auf Hochstammbäumen. Pirmin Adler hat mich mit seinem Erfindergeist beeindruckt und dem Mut, es anders zu machen als seine Vorfahren und Kollegen. Er reduzierte nicht nur seinen Rinderbestand, sondern lässt seine Hühner nach der Getreideernte und nachdem die

Kühen gegrast haben, auf die Felder und Weiden. Dort finden sie Körner und proteinreiche Insektenlarven, sie ernähren sich zu einem großen Teil selbstständig und sind artgerecht beschäftigt.

Zudem pflanzte Adler mehr als 2.500 Sträucher und Bäume, jeden Winter kommen Hunderte neue dazu. Dieser sogenannte Agroforst aus Maulbeersträuchern, Feldahornen und einzelnen Hochstammbäumen zwischen Feldern und Weiden dient ganz unterschiedlichen Zwecken: Mit ihrem Schatten und der Verdunstungskühle sorgen sie für ein angenehmes Mikroklima, mit ihren Wurzeln fördern sie das Bodenleben. Sie binden Stickstoff aus der Luft und machen diesen und das Wasser für die Feldkulturen besser verfügbar.

Die Sträucher und Bäume dienen aber auch als Apotheke für die Rinder: Das Walnussslaub hilft gegen Parasiten, die Salicylsäure in den Weiden senkt das Fieber. Adler hat schon mehrmals erlebt, wie die Pflanzenmedizin bei seinen Tieren wirkte. Er zeigte mir ein Video auf seinem Handy: Einer seiner Ochsen litt an Durchfall und fraß nichts mehr. Als Adler ihm Eichenlaub anbot, nahm er das aber. Die darin enthaltenen Stoffe verminderten den Flüssigkeitsverlust, der Ochse war bald wieder gesund.

Ganz auf seine Tiere verzichten möchte Adler denn auch nicht: »Ohne sie wäre ich in meinem Verständnis kein Landwirt mehr.« Was sie ihm bedeuten, merkte ich bei meinem Besuch. Seit zehn Nächten wartete er schon darauf, dass zwei seiner Kühe kalben. Mehrmals in der Nacht überprüfte er die Bilder, die ihm die Webcam im Stall aufs Handy übermittelte. Beim kleinsten Anzeichen einer Unregelmäßigkeit stieg er in die Gummistiefel und ging rüber in den Stall.

Wäre das überhaupt sinnvoll, eine Landwirtschaft ohne Tiere? Die Tiere würden seinen Betrieb widerstandsfähiger machen, sagte Adler. »In einem nassen Jahr, wo das Ackern schwierig ist, habe ich mit Fleisch einen sicheren, saisonunabhängigen Ertrag.« Für mein Buch habe ich dieselbe Frage auch Adrian Müller gestellt, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für biologischen Landbau arbeitet. Eine tierlose Landwirtschaft wäre fast nur möglich, wenn auf mineralische statt tierische Dünger gesetzt würde, sagte er. Aber weil solche Dünger die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens schädigen und bei der Herstellung sehr viel Energie benötigen, sind sie hierzulande in der Biolandwirtschaft nicht zugelassen. Deshalb sei es in einem Land wie der Schweiz, wo es viel Gras gibt, durchaus sinnvoll, Wiederkäuer zu halten: »Sie machen aus dem, was wir nicht essen können, wertvolle Nahrung.«

Nicole Egloff/Raphaella Graf (Fotos): Das Radiesli stimmt mich zuversichtlich – Zwölf Bauernhöfe denken Landwirtschaft neu. Rotpunktverlag, Zürich 2025; 288 S., 42,- Fr., 38,- €



Die Orgelbauerin Annette Füglist-Sermier in der Kirche in Monthey

Himmelstöne

Als Annette Füglist-Sermier in den 1980er-Jahren als Orgelbauerin anfang, hieß es, Frauen hätten in diesem Beruf nichts verloren. »Allein schon deshalb, weil man eine Latzhose tragen und schwer heben muss«, erzählt sie dem Fotografen Julien Chavaillaz. Die heute 55-Jährige ließ sich nicht beirren und führte das Erbe ihrer Familie weiter, die dieses Handwerk seit drei Generationen ausübt. Füglist-Sermier reist für ihre Arbeit durch die ganze Schweiz, gerade restauriert sie die alte Orgel in der Kirche von Choëx in Monthey. Sogar im Kagoshima-Tempel in Japan steht eine ihrer Orgeln.

POSTLEITZAHL

6500

Im Tessin zeigt sich die Schweiz von morgen

Das Tessin liegt am Rand der Schweiz, seine politische Kultur und Praxis unterscheiden sich grundlegend vom Rest des Landes. Und doch hat sich am vergangenen Abstimmungssonntag wieder gezeigt, dass der südlichste Kanton kein Sonderfall ist. Vielmehr ist das Tessin ein Laboratorium für die Schweiz von morgen.

Ein paar Beispiele: Noch vor der SVP mischte in den 1990er-Jahren die rechtspopulistische Lega dei Ticinesi das politische Establishment auf. 2007 führten die Tessiner das erste kantonale Rauchverbot für öffentliche Räume ein. Im Grenzkanton zu Italien mit seinen vielen Frontalieri wurden auch erstmals die Missbräuche in der Tieflohnbranche von Staates wegen bekämpft. Und nun haben die Tessiner ein weiteres Mal eine (vermeintliche) Lösung für ein Problem gefunden, das alle Schweizerinnen und Schweizer plagt: Sie deckeln die Kosten, die die Menschen monatlich für ihre Krankenkasse bezahlen müssen.

Eine Volksinitiative der SP hatte verlangt, dass die Ausgaben künftig nicht mehr als zehn Prozent des Einkommens betragen dürfen. Sie wurde ebenso angenommen wie eine zweite Prämien-Initiative, die von der Lega stammt. Sie will, dass die Prämien ganz von den Steuern abgezogen werden können. Die Tessiner Regierung hatte vergeblich vor dem gesundheitspolitischen Populismus von links und rechts gewarnt. Unterm Strich kosten die beiden Volksentscheide den Kanton jährlich 400 Millionen Franken.

Dabei gibt es gute Gründe für den zweifachen Protest der Bürger. 28 Prozent der Tessiner Bevölkerung sind von Armut bedroht, doppelt so viele wie in der Deutschschweiz. Als vergangene Woche die Krankenkassenprämien für das kommende Jahr verkündet wurden, traf es das Tessin am härtesten: Dort schlagen die Prämien durchschnittlich um 7,1 Prozent auf. Bereits in den drei Jahren zuvor waren sie jeweils massiv angestiegen. Nächstes Jahr muss ein Durchschnittserwachsener im Tessin 583 Franken monatlich für die Grundversicherung bezahlen, in Zürich sind es 452 Franken – und das bei einer viel besseren medizinischen Versorgung.

Das Tessin als gesundheitspolitisches Labor und Vorbild? So sehen das nun manche linke Politiker in der restlichen Schweiz. Eine Koalition aus welschen und Tessiner Aktivisten will das Krankenkassensystem ganz neu denken. In Genf, auch ein Kanton mit hohen Prämien, wurde schon der Ruf nach Notmaßnahmen laut. Und die SP Schweiz fordert einkommensabhängige Prämien – ihre Volksinitiative will sie in wenigen Wochen lancieren.

ALEXANDER GRASS

ANZEIGE

ZEIT  BÜCHER
Die Buchhandlung im ZEIT SHOP

So bringen Sie Ihr Kind zum Lesen



Jetzt bestellen:
shop.zeit.de/comics



6 Comicbücher
im Schubert für
Kinder ab 7 Jahren

ZEIT EDITION »Comics für Lesestars«

So macht Lesen lernen endlich Spaß: Mit der ZEIT-Edition »Comics für Lesestars« wird das Selberlesen zum Kinderspiel. Die ZEIT hat 6 ausgezeichnete Kinder-Comics ausgewählt, die perfekt für Lesanfänger geeignet sind: Einfache Texte, mitreißende Illustrationen und clevere Geschichten sorgen für maximalen Lesanreiz. Die hochwertigen Bücher im Festeinband kommen in einer praktischen Bücherbox. Das ideale Geschenk zum Lesestart – exklusiv erhältlich im ZEIT Shop. 69,95 €* | Bestell-Nr. 49380